

Berlin
12. Oktober 2005

Tagungsbericht

Was nun, Deutschland?

Reformstrategien für die kommende Legislaturperiode



Als Gerhard Schröder im Frühjahr 2005 Neuwahlen anstrebte, begründete er diesen Schritt damit, aus seiner Sicht sei eine neue demokratische Legitimierung des Reformkurses der damaligen rot-grünen Bundesregierung notwendig. Nach Monaten des politischen Stillstandes durfte schließlich am 18. September der Souverän entscheiden. Inzwischen hat sich zumindest ein Teil des durch das Wahlergebnis be-

dingten Herbstnebels gelichtet: Die große Koalition kommt.

Offen für Reformen?

Offen bleibt die Frage, wie reformfreudig sich die neue Regierung und das neu gewählte Parlament erweisen werden. Eine erste Antwort darauf wird wohl erst in einigen Monaten möglich sein. Der Koalitionsvertrag könnte vielversprechender aussehen, aber Papier ist bekanntlich geduldig. Taten zählen! Dass Reformen notwendig sind, steht angesichts von Massenarbeitslosigkeit, aus dem Ruder laufenden Staatsfinanzen und einem mehr oder weniger stagnierenden Wirtschaftswachstum außer Frage.

Doch wie sollte eine Reformstrategie für die kommende Le-

gislaturperiode aussehen, welche Schwerpunkte müsste die Politik setzen, um Deutschland wieder nach vorne zu bringen? Diesen Fragen ist die Stiftung Marktwirtschaft gut drei Wochen nach der Bundestagswahl im Rahmen der Veranstaltung „Was nun, Deutschland?“ nachgegangen. Durch die Veranstaltung führte **Roger Köppel**, Chefredakteur der Zeitung „Die Welt“.

Prof. Dr. Michael Eilfort, Vorstand der Stiftung Marktwirtschaft, stellte in seiner Begrüßung die Notwendig-



Moderation: Roger Köppel, die Welt.

keit von Reformen in einen längerfristigen Zusammenhang. Viele der aktuellen Probleme hätten sich über Jahrzehnte hinweg aufgebaut, fast unabhängig davon, welche Parteien je-

Inhalt:

S. 2 Reformagenda Arbeitsmarkt
Prof. Dr. Klaus F. Zimmermann

S.4 Reformagenda Soziale Sicherung
Prof. Dr. Bernd Raffelhüschen

S.5 Reformagenda Steuern
Prof. Dr. Johanna Hey

S.7 Reformagenda Bildung und Innovation
Prof. Dr. Arend Oetker

S. 8 Fazit
Dr. Nikolaus Schweickart



Probleme sind über Jahrzehnte hinweg entstanden: Prof. Dr. Michael Eilfort betonte in seiner Begrüßung den umfassenden Reformbedarf in Deutschland.

weils die Regierung gestellt hätten. Die Überdehnung der Staatswirtschaft, die ausufernden Haushaltsdefizite oder auch die problematische Mischfinanzierung seien etwa von der ersten großen Koalition Ende der 60er Jahre angestoßen worden. Insoweit böte sich einer neu aufgelegten großen Koalition die historische Chance, einen Teil dieser

unseligen Weichenstellungen von damals wieder zu korrigieren.

Eilfort betonte die vier aus Sicht der Stiftung Marktwirtschaft besonders drängenden Reformfelder, die auch die thematische Strukturierung der Tagung widerspiegeln: Erstens den Arbeitsmarkt als zentralen Brennpunkt, zweitens die demogra-

phieanfälligen sozialen Sicherungssysteme, drittens das komplexe und international nicht mehr wettbewerbsfähige Steuersystem und viertens den kränkelnden Bereich Bildung und Innovation.

Vertrauen in die Marktkräfte

Die vergangenen Jahrzehnte hätten bewiesen dass staatlich organisierte Bevormundung und Gleichmacherei, mögen sie auch noch so gut gemeint sein, keine überzeugende ökonomische Zukunftsperspektive bieten können. Vielmehr seien sie in Zeiten der Globalisierung selbst ein Teil des Problems. Statt dessen forderte Eilfort mehr bürgerliche Freiheitsrechte, Eigenverantwortung und Wettbewerb ein, damit sich das Innovationspotenzial und die Wachstumskräfte Deutschlands besser entfalten können. Die Politik müsse endlich für wirtschaftliches Handeln wieder bessere Rahmenbedingungen schaffen und dürfe sich nicht nur im Reparaturbetrieb verheddern.

Reformagenda Arbeitsmarkt

Prof. Dr. Klaus F. Zimmermann, Präsident des DIW Berlin und Direktor des Instituts zur Zukunft der Arbeit

Prof. Klaus Zimmermann teilte die Einschätzung, dass derzeit der Arbeitsmarkt die beklemmendste Herausforderung für die Politik darstelle. Gleichzeitig warnte er vor der Vorstellung, das sich die Probleme allein durch eine andere Arbeitsmarktpolitik lösen ließen. Notwendig sei vielmehr eine umfassendere Veränderung der Rahmenbedingungen, wobei auch Themen wie die Steuer- oder Bildungspolitik berücksichtigt werden müssten.

Chancen einer großen Koalition

Vor dem Hintergrund der Bereiche Föderalismusreform, Sanierung der

Staatshaushalte, Unternehmenssteuerreform und Senkung der Lohnnebenkosten sah Zimmermann in einer großen Koalition eine vielversprechende politische Kraft, die prinzipiell viel bewegen könne. Allerdings hätten bisher beide Seiten – insbesondere was den Arbeitsmarkt betrifft – vor allem negative Botschaften verkündet und jeweils die Dinge betont, denen sie nicht zustimmen wollen, wie etwa einer Deregulierung des Arbeitsmarktes oder einem umfassenden Subventionsabbau. Auch die erneute Trennung des Bundesministeriums für Wirtschaft und Arbeit sei ein völlig falsches Signal. Ar-



Forderte mehr Denken in Ordnungen: Prof. Dr. Joachim Starbatty.

beitsmarktpolitik müsse immer das Ziel haben, Menschen wieder in Arbeit zu bringen, und dürfe nicht auf eine umverteilende Sozialpolitik verengt werden. Ökonomische Gesetze ließen sich nicht einfach durch sozialpolitische Rhetorik außer Kraft setzen. Daher dürfe auch eine große Koalition ökonomische Argumente nicht ignorieren, wenn sie das Arbeitsmarktproblem lösen wolle.

Arbeitsmarktreformen tun Not

Auf dem Arbeitsmarkt selbst plädierte Zimmermann für eine Vielzahl von Veränderungen, hegte aber deutliche Zweifel, dass die kommende Bundesregierung ein so umfassendes Reformprogramm anpacken werde. Seine zentralen Reformforderungen waren:

- Der weitere Umbau der Arbeitsvermittlung und der Arbeitslosenversicherung: Die Bundesagentur für Arbeit dürfe nicht als Erfüllungsgehilfe der Politik Teil des Problems bleiben, sondern müsse selbst gestalterisch zur Lösung des Problems beitragen können. Mittelfristig sei dabei eine Beschränkung der BA auf die eigentliche Versicherungsaufgabe und die überregionale Vermittlung sinnvoll. Das organisatorische Chaos bei der Betreuung von Langzeitarbeitslosen sollte durch die eindeutige und ausschließliche Verantwortungszuweisung an die Kommunen gelöst werden.
- Die Optimierung und Korrektur von Hartz IV: Entgegen der ursprünglichen Intention sei Hartz IV ein gigantisches Wohlfahrtsstaatsprogramm, das keine zusätzlichen Anreize zur Arbeits-



Engagierter Teilnehmer: Dr. Ralf Bremer, Redakteur Wirtschaftspolitik bei „Sabine Christiansen“.



Beklemmender Arbeitsmarkt: Prof. Dr. Klaus F. Zimmermann skizzierte die strukturellen Probleme und leitete daraus notwendige Reformschritte ab.

- aufnahme beinhalte. Statt dessen müsse u.a. die Umsetzung des Workfare-Prinzips forciert werden.
 - Die deutliche Straffung und Konzentrierung der Arbeitsmarktpolitik unter Kosten-Nutzen-Überlegungen auf Basis der ab Mitte 2006 vorliegenden empirischen Evaluationsstudien.
 - Die Modernisierung des Arbeitsrechts, etwa durch einen Vorrang für Betriebsvereinbarungen vor Tarifrecht und eine Flexibilisierung des Kündigungsschutzes durch Abfindungsregelungen. Die Einführung von Mindestlöhnen wäre hingegen fatal und würde die übrigen Arbeitsmarktreformen ad absurdum führen.
 - Eine Stärkung des Niedriglohnssektors ohne kostspielige, aber vergleichsweise wirkungslose Kombilohnmodelle.
 - Eine Ausrichtung der Zuwanderungspolitik an ökonomischen Kriterien, um den bestehenden und zukünftig zu erwartenden
- Bedarf an Fachkräften zu decken. Notwendig dafür sei u.a. ein Punktesystem, damit hochqualifizierte Ausländer leichter Zugang zum deutschen Arbeitsmarkt hätten.
- Eine bessere Ausschöpfung der Lebensarbeitszeit, vor allem durch ein höheres und flexibles Renteneintrittsalter.



Hörte zu: Stephan Schopp, AOH Nahrungsmittel GmbH & Co. KG (Schwartau).

- Die schrittweise Umstellung der Finanzierung der Sozialversicherungen von Lohnabgaben auf indirekte Steuern, insb. die Mehrwertsteuer.

Dieses Bündel an notwendigen Maßnahmen, so Zimmermann, sei die Voraussetzung für eine deutliche Verbesserung der Lage auf dem deutschen Arbeitsmarkt.

Reformagenda Soziale Sicherung

Prof. Dr. Bernd Raffelhüschen, Vorstand der Stiftung Marktwirtschaft und Leiter des Forschungszentrums Generationenverträge (Universität Freiburg)



Prof. Bernd Raffelhüschen betonte zu Beginn seines Vortrages, dass man in den Generationenverträgen der Sozialversicherung heute nur noch auf die in der Vergangenheit gemachten Fehler reagieren könne. Die demographische Zeitbombe tickte nicht mehr, sie sei bereits explodiert: Fast 40 Jahrgänge mit einer zu geringen Anzahl von Geburten seien Vergangenheit und ließen sich nicht mehr rückgängig machen. Das bedeute, dass in den kommenden Jahren immer weniger Beitragszahler immer mehr Leistungsempfänger finanzieren müssten. Da aber ein weiterer Anstieg der Beitragssätze schon aus arbeitsmarktpolitischen Gründen unverantwortlich wäre, blieben nur Leistungskürzungen als einzig gangbarer Weg. Diese müssten aber „hübsch verpackt“ werden, um Akzeptanz zu finden.

Unter Verwendung des Bildes eines Segelschiffs, das in einen „demographischen Sturm“ segelt, beschrieb Raffelhüschen die notwendigen Reformen in der Rentenversicherung (Großsegel), der Gesetzlichen Krankenversicherung (Vorsegel) und der Sozialen Pflegeversicherung (Spinnacker).

Rente: Großsegel reffen!

In der Rentenversicherung sei man bei den notwendigen Kürzungen schon ein gutes Stück vorangekommen, denn um nichts anderes habe es sich bei den Reformen der letzten Jahre gehandelt. Insbesondere die Vorschläge der Rürup-Kommission hätten bei vollständiger Umsetzung die größte Rentenkürzung der deutschen Geschichte ergeben. Selbst die isolierte Einführung des sozio-demographischen Nachhaltigkeitsfaktors bedeute langfristig eine etwa 15-prozentige Kürzung des Rentenniveaus. Aber auch das Alterseinkünftegesetz gehe in diese Richtung, da die Steuerprivilegierung von Rentnern damit längerfristig ein Ende fände. Als weiterer zentraler Reformschritt stehe derzeit nur noch eine Verlängerung der Lebensarbeitszeit durch ein erhöhtes Renteneintrittsalter an. An der Rente mit 67 führe kein Weg vorbei, eventuell müsse man sogar über eine noch stärkere Erhöhung nachdenken. Raffelhüschen gab sich optimistisch, dass eine große Koalition das Notwendige tun werde, da auch die Reformen der letzten Jahre de facto bereits durch eine große Koalition zustande gekommen seien.

Deutlich dramatischer als in der Rentenversicherung schätzte Raffelhüschen die Lage bei den Beamtenpensionen ein. Ohne Modifikationen drohe den westdeutschen Bundesländern, dass sie in nicht mehr allzu ferner Zukunft bis zu 25 % ihrer Steuereinnahmen für pensionierte Beamten aufwenden müssten. Unvermeidlich seien daher schnellere und weitergehende Reformen als in der Rentenversicherung, auch wenn dies bei den Betroffenen auf wenig Gegenliebe stoßen werde.

Sturmfock statt Vorsegel

In der Krankenversicherung sei ein fundamentaler Systemwechsel notwendig. Auf der Einnahmenseite, die im Wahlkampf unter den Stichworten Bürgerversicherung und Kopfpauschale diskutiert worden sei, plädierte er für eine Abkopplung der Beiträge von den Löhnen. Denn es bestünde keinerlei inhaltlicher Zusammenhang. So könne man auch die intransparente Umverteilung aus der Krankenversicherung nehmen.

Jedoch ließe sich auch mit einer solchen Reform keine Nachhaltigkeit in der Krankenversicherung erreichen – dafür fehlten in der Zukunft schlicht die notwendigen Beitragszahler. Unerlässlich seien daher Reformen auf der Ausgabenseite, wobei man um eine Rationierung der Leistungen nicht herumkomme. Anstatt auf staatliche Regulierung zu setzen, sollte man sich Marktprozesse und den Preismechanismus zunutze ma-



Informierte sich: Dr. Sighart Nehring, Leiter der Berliner Allianz-Repräsentanz.



chen. Die Chance auf grundlegende Reformen sei allerdings eher gering, da die Bürger den Ernst der Lage noch nicht erkannt hätten.

Pflege: Spinnacker einziehen

Für die Pflegeversicherung empfahl er möglichst umgehend einen Totalausstieg. Sie sei wider besseres Wis-

sen als Generationenvertrag konstruiert worden, obwohl es überhaupt keine Generation gebe, die diesen Vertrag jemals „erfüllen“ könne: Langfristig werde sich die Zahl der Beitragszahler auf zwei Drittel verringern, während bei der Zahl der Pflegefälle eine Verdreifachung absehbar sei. Daher hätte man von Anfang an auf Kapitaldeckung set-

zen müssen. Je schneller man diesen Fehler korrigiere, desto besser.

Abschließend gab Raffelhüschen seiner Hoffnung Ausdruck, dass die Bürger bald die Notwendigkeit von Reformen in den Sozialen Sicherungssystemen einsehen werden, da nur dann die Politiker handeln könnten.

Reformagenda Steuern

Prof. Dr. Johanna Hey, Universität Düsseldorf, Lenkungsgruppe der Kommission „Steuergesetzbuch“

Mit einigen kritischen Anmerkungen zur Rolle von Steuerthemen im Bundestagswahlkampf leitete Prof. Dr. Johanna Hey ihren Vortrag ein. Zum einen habe die Steuerdiskussion andere wichtige Themen an den Rand gedrängt, zum anderen hätten vor allem steuerpolitische Randprobleme und nicht die eigentlichen Defizite des deutschen Steuersystems im Mittelpunkt des Wahlkampfes gestanden. Gerade für letztere wolle aber die unabhängige Expertenkommission „Steuergesetzbuch“ der Stiftung Marktwirtschaft eine überzeugende Reformlösung präsentieren. Dabei lege die Kommission großen Wert darauf, dass ihr Reformvorschlag auch den „handwerklichen“ Anforderungen eines guten Steuerrechts genüge – denn allzu oft seien deutsche Steuerreformen daran gescheitert, dass sie handwerklich schlecht vorbereitet gewesen seien oder aufgrund hoher Komplexität noch nicht einmal das Gesetz-

gebungsverfahren erreicht hätten.

Neben seiner Komplexität und Ineffizienz kranke das deutsche Steuerrecht an planlosem Aktionismus und permanenten Gesetzesänderungen, die jegliche Planungssicherheit für die Wirtschaft zu nichte machten. Hey dämpfte zugleich die Hoffnung, man könne das Steuerrecht, insbesondere das Unternehmensteuerrecht, beliebig vereinfachen und auf wenige Generalklauseln zurückführen. Das sei mit der Realität international tätiger Unternehmen nicht kompatibel.

Hauptmanko des deutschen Steuerrechts sei, dass es Deutschlands Wettbewerbsfähigkeit im intensiver werdenden europäischen und internationalen Steuer- und Standortwettbewerb zunehmend beeinträchtige. Zudem bestünden starke Zweifel hinsichtlich seiner Europarechtskonformität. Bei entsprechenden Urteilen des Europäischen Gerichtshofes seien milliardenschwere Steuerzufälle zu befürchten. Damit der



Aufmerksam: Prof. Dr. Klaus Schatz (IW Köln) und Dr. Peer-Robin Paulus (ASU).

Standort Deutschland wieder an Attraktivität gewänne, müsse man sich, so Hey, drei zentralen steuerpolitischen Reformfeldern zuwenden: dem Unternehmensteuerrecht, den Kommunalfinzen sowie dem Einkommensteuergesetz. Vor dem Hintergrund der aktuellen Haushaltslage müsse es dabei in erster Linie um eine Reform der Steuerstrukturen und weniger um Steuersenkungen gehen.

Unternehmensteuer reformieren

Eine Ausnahme von diesem Gebot bildeten angesichts des immer schärfer werdenden europäischen



Für ein wettbewerbsfähiges Steuersystem:
Prof. Dr. Hey, Kommission „Steuergesetzbuch“.

Wettbewerb lediglich die Unternehmensteuern: Während Deutschland die (thesaurierten) Gewinne von Kapitalgesellschaften mit ca. 38,6 % belaste, liege der durchschnittliche Steuersatz in den alten EU-Ländern bei etwa 27,1 %, bei den neuen Mitgliedern sogar nur bei ca. 20,8 %.

An diesem Problem könne auch der sogenannte Job-Gipfel, der vor allem eine Senkung der Körperschaftsteuer von derzeit 25 % auf bis zu 19 % vorsehe, wenig ändern. Zum einen bliebe die Gewerbesteuer unangetastet, so dass die Gesamtsteuerbelastung nach wie vor über dem europäischen Durchschnitt läge. Ein positiver Selbstfinanzierungseffekt sei jedoch nur bei einer massiven Absenkung des Steuertarifs auf ein international wettbewerbsfähiges Niveau zu erwarten, da nur dann die Unternehmen ihre Standortentscheidungen überdächten. Zum anderen habe der Job-Gipfel kaum Auswirkungen auf die Steuerbelastung von Personengesellschaften, die rund 85 % aller deutschen Unternehmen ausmachten. Massive Verzerrungen zwischen unterschiedlichen Unternehmensrechtsformen wären damit vorprogrammiert. Notwendig sei daher die Einführung einer rechtsform-

neutralen Allgemeinen Unternehmensteuer, wie sie die Kommission „Steuergesetzbuch“ der Stiftung Marktwirtschaft vorschläge. Kernpunkte seien: Eine niedrige und damit wettbewerbsfähige Besteuerung thesaurierter Gewinne, eine Nachbelastung bei der Gewinnentnahme zu Konsumzwecken sowie eine Kleinunternehmerregelung zur Vermeidung einer Mehrbelastung von Unternehmen mit geringen Gewinnen.

Hey betonte, auch die Allgemeine Unternehmensteuer

könne nur dann zu einer wettbewerbsfähigen Steuerbelastung führen, wenn zugleich die Kommunalfinanzen, vor allem die Gewerbesteuer, fundamental reformiert würden.

Vier-Säulen-Lösung

Die Gewerbesteuer stelle nicht nur für die Unternehmen eine Belastung dar, sie sei aufgrund ihrer schmalen Bemessungsgrundlage stark konjunkturabhängig und daher auch aus Sicht der Kommunen keine wünschenswerte Einnahmequelle. Als überlegene Lösung plädierte Hey daher für die kommunale Vier-Säulen-Lösung der Kommission „Steuergesetzbuch“. Diese sehe vier kommunale Einnahmequellen vor:

- Eine reformierte Grundsteuer (mit Hebesatzrecht),
- eine Bürgersteuer als Ersatz für die Beteiligung der Kommunen am Einkommensteueraufkommen (mit Hebesatzrecht),
- eine Kommunale Unternehmensteuer mit der gleichen Bemessungsgrundlage wie die Allgemeine Unternehmensteuer (mit Hebesatzrecht) sowie

- eine Beteiligung der Kommunen am relativ konjunkturstabilen Lohnsteueraufkommen (ohne Hebesatzrecht).

Hey betonte, dass bei dieser Reform alle – Bürger, Unternehmen und Kommunen – Gewinner wären.

Reform der Einkommensteuer

Abschließend skizzierte Hey den Reformbedarf bei der Einkommensteuer. Ziele seien u.a. eine einfachere, systematische und transparente Neuformulierung des Einkommensteuergesetzes, die Verbreiterung der Bemessungsgrundlage sowie die Verwirklichung des Nettoprinzips durch volle Verlustverrechnung. Als problematisch wertete sie eine Duale Einkommensteuer mit einem niedrigen proportionalen Steuersatz auf Kapitaleinkommen und einem hohen progressiven Steuersatz auf Arbeitseinkommen. Diese sei unter Gleichheitsaspekten nur schwer vermittelbar und führe zu komplizierten Abgrenzungsproblemen.

Hey schloss mit der Mahnung, dass es zunächst gelte, eine Bemessungsgrundlage festzulegen. Erst dann könne man sinnvoll über Steuersätze diskutieren – wie hoch diese angesetzt würden, sei die Entscheidung der Politik auf Basis der erforderlichen Einnahmen.



Interessierte Teilnehmerin: Christa Franke, Leiterin des Hauptstadtbüros beim Bundesverband für Investment- und Asset Management e.V.

Reformagenda Bildung und Innovation

*Dr. Arend Oetker,
Präsident des Stifterverbands für die deutsche Wissenschaft*

Die internationale Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands war auch für Dr. Arend Oetker Ausgangspunkt seines Vortrages zum Thema Bildung und Innovation. Entscheidender Erfolgsfaktor, um dieses Ziel zu erreichen, sei dabei der Rohstoff „Wissen“, der am Anfang jeder Wertschöpfungskette stehe: Deutschland müsse wieder besser werden in der Produktion von Wissen durch Forschung, in der Distribution von Wissen durch Bildung und in der Anwendung von Wissen durch Innovation. In allen drei Bereichen weise unser Land gravierende Schwachstellen auf. Exemplarisch verwies Oetker auf den zu geringen Anteil der Forschungsausgaben am BIP, die niedrige Quote bei Hochschulabschlüssen sowie die abnehmenden Marktanteile der deutschen Wirtschaft in der Spitzentechnologie.

Zuständigkeiten klären

Oetker verwies darauf, dass jede erfolgreiche Reformstrategie in den Bereichen Bildung und Forschung zunächst klar definieren müsse, wie die Zuständigkeiten verteilt seien. Das gegenwärtige Geflecht von Mischzuständigkeiten und Mischfinanzierungen lähme die notwendigen Entscheidungen durch ein unwürdiges Kompetenzgerangel der föderalen Ebenen. Er plädierte für eine Stärkung des föderalen Wettbewerbs auf der Ebene der Bundesländer, etwa durch eine Abschaffung des Hochschulrahmengesetzes und die Streichung der Gemeinschaftsaufgaben Hochschulbau und Bildungsplanung. Lediglich im Bereich der Forschung sei es notwendig, dass der Bund die gesetz-

lichen Rahmenbedingungen setze.

Abgesehen von einer Klärung der Zuständigkeiten nannte Oetker drei prioritäre Reformaufgaben.

- Erstens die Stärkung unseres Humankapitals: Unerlässlich sei die effizientere Nutzung und Verkürzung der Ausbildungszeiten sowie die Verbesserung der Lehre in Schulen und Hochschulen. Dazu gehöre auch, so Oetker, dass man Studiengebühren anstatt von Kindergartengebühren erhebe.
- Zweitens die Verbesserung der europäischen Grundlagenforschung: Bei den EU-Ausgaben müsse der Schwerpunkt verlagert werden von Agrarsubventionen hin zu Forschung und Entwicklung. Diese Mittel müssten von der Wissenschaft wettbewerblich vergeben werden können und nicht zentral gesteuert durch die Kommission.



Rohstoff Wissen fördern: Dr. Arend Oetker, Stifterverband für die deutsche Wissenschaft.

- Drittens die Beseitigung von Forschungshemmnissen: Hierzu gehörten längere und flexiblere Arbeitszeiten für die in Forschung und Entwicklung Beschäftigten sowie die Abschaffung forschungsfeindlicher Gesetze.

Abschließend wies Oetker darauf hin, dass die Finanzierung von Forschungs- und Entwicklungsaufgaben nicht allein Aufgabe des deutschen Staates sein könne. Vielmehr müssten auch private Ressourcen durch attraktive Rahmenbedingungen für Investitionen mobilisiert werden.



Medienpräsenz: Das Deutsche Welle-Fernsehen berichtete über die Veranstaltung.



Was nun, Deutschland? Mit dieser Frage beschäftigten sich die 120 Teilnehmer der Konferenz am 12. Oktober 2005.

Fazit: Handeln, anpacken, gestalten!

Dr. Nikolaus Schweickart, Vorstandsvorsitzender der ALTANA AG
und Kuratoriumsvorsitzender der Stiftung Marktwirtschaft



Für mehr Orientierung am Gemeinwohl: Dr. Nikolaus Schweickart, Vorstandsvorsitzender ALTANA AG.

In seinem Fazit betonte Dr. Nikolaus Schweickart die Notwendigkeit, dass die Politik endlich wieder zu einem zielgerichteten, langfristig ausgerichteten und gestaltenden Handeln übergehe. Keinsfalls dürfe der Fehler gemacht werden, bloß in kurzfristigen Aktionismus zu verfallen. Zu lange hätte in Deutschland bereits der Stillstand regiert.

Reformbaustellen ruhen

Auf dem Arbeitsmarkt seien die Reformen zum Erliegen gekommen, in den Bereichen Steuerpolitik und Soziale Sicherungssysteme habe

sich die Politik bisher auf die kreative Diskussion diverser Konzepte beschränkt, ohne die Kraft für ihre Umsetzung zu finden. Lediglich im Bereich der Bildungs- und Forschungspolitik sei nach langem Hin und Her mit der Exzellenzinitiative eine positive Entwicklung zu erkennen.

Die Chancen einer großen Koalition

schätzte Schweickart als ambivalent ein. Am ehesten traue er ihr Erfolge bei der Föderalismusreform und im Bereich der Steuerpolitik zu. Gerade im Bereich der Unternehmensbesteuerung habe der steigende internationale Wettbewerbsdruck bereits in der Vergangenheit zu kleineren Verbesserungen geführt. Er habe die Hoffnung, dass dieser Weckruf des Weltmarktes von einer großen Koalition gehört werde. Nach wie vor böten andere Länder in Sachen Arbeitsmarktverfassung und Unternehmensteuern deutlich attraktivere Rahmenbedingungen für Unternehmen. Pessimistischer äußerte er sich

zur Reform der Sozialversicherungen, wo die Differenzen zwischen den beiden Volksparteien teilweise unüberbrückbar erschienen.

Bitte ans Gemeinwohl denken!

An die Adresse von Unternehmen und Interessengruppen richtete Schweickart abschließend den Appell, bei allem Lobbying nicht den Blick für das Gemeinwohl zu verlieren. Ordnungspolitischen Reformen dürften nicht immer neue Hürden in den Weg gestellt werden, denn Wettbewerb ohne Sonderprivilegien sei die zentrale Voraussetzung für eine funktionierende Marktwirtschaft, von der letztlich alle profitierten.



Nahm Stellung: In der Diskussion antwortete Dr. Schweickart auf die Fragen des Publikums.

Impressum:

Dr. Katrin Schnettler (v.i.S.d.P.)
Stiftung Marktwirtschaft
Charlottenstr. 60
10117 Berlin
Tel: (030) 206057-0
www.stiftung-marktwirtschaft.de

